

5G: Swisscom und Sunrise erhöhen Str

Die Mobilfunkfirmen haben bei über 1200 Handyantennen die maximale Sendeleistung vergrössert. Dabei setzten sie sich zum Teil über die Vorschriften der kantonalen Behörden hinweg.

Für die Strahlung von Handyantennen galten bislang klare Grenzwerte, die nie überschritten werden durften. Doch im letzten Jahr erliess das Bundesamt für Umwelt für die neuste Generation von Antennen eine neue Regelung. Die maximale Sendeleistung der sogenannten adaptiven 5G-Antennen darf zeitweise um das Zehnfache überschritten werden.

Die Handyantennen müssen die Grenzwerte im Durchschnitt nur noch über sechs Minuten einhalten. Begründung: Adaptive Antennen senden nicht gleich stark in alle Richtungen. Sie bündeln die Strahlung dorthin, wo sich die verbundenen Mobilgeräte befinden. Die Betreiber dürfen deshalb bei der Berechnung der maximalen Sendeleistung der Antenne einen Korrekturfaktor anwenden.

Der Korrekturfaktor – Freipass zur Erhöhung der Strahlung

Salt, Sunrise und Swisscom reagierten rasch und erhöhten die Strahlung flächendeckend. Das zeigen Zahlen des Bundesamts für Kommunikation. Danach betrieben die Telekomfirmen schon im vergangenen Oktober 1243 5G-Antennen «mit aktiviertem Korrekturfaktor». Im September waren es erst 4. Heute strahlen 1252 Antennen zeitweise stärker als früher.

Die meisten Kantone lassen den Antennenbetreibern freie Hand. Das ergibt eine Umfrage bei den kantonalen Umweltämtern. In 22 Kantonen sind die Betreiber nur meldepflichtig,

wenn sie die Strahlung ihrer Antennen erhöhen. Appenzell Innerrhoden teilt mit, man habe das Vorgehen noch nicht festgelegt, Neuenburg beantwortete die Anfrage nicht.

Glarus verlangt Baugesuch bei geplanten Erhöhungen

Nur die Kantone St. Gallen und Glarus machen strengere Vorgaben. Glarus verlangt, dass Antennenbetreiber Baugesuche einreichen, wenn die Strahlung erhöht werden soll. Das kann dazu führen, dass die stärkere Strahlung untersagt oder verzögert wird. In diesem Fall gilt die bisherige maximale Sendeleistung weiter. Laut dem Kanton stellten die Telekomfirmen bisher kein Baugesuch.

In St. Gallen entscheiden die Gemeinden. Der Kanton empfiehlt, ein Baugesuch zu verlangen. Die Behörden wollen die Bevölkerung so vor zu viel Strahlung schützen. Rebekka Meier vom Verein Schutz vor Strahlung sagt, die Auswirkungen starker Strahlung auf die Gesundheit seien ungeklärt. Darum müsse man die Strahlung tief halten.

Die Telekomfirmen setzten sich aber über die Vorgaben der St. Galler Behörden hinweg. Im letzten Mai beantwortete die Kantonsregierung eine parlamentarische Anfrage zur Umsetzung der Strahlenverordnung. Demnach erhöhten Swisscom und Sunrise im August und September 2021 bei vielen Antennen eigenmächtig die Sendeleistung und teilten das den Gemeinden nicht mit. Nachforschungen des kantonalen Umweltamts ergaben, dass 78 Antennen in 35 Gemeinden nicht korrekt betrieben wurden.

saldo-Recherchen zeigen: St. Gallen, Gossau und Wil verpflichteten die Betreiber von 30 Antennen, die Strahlung zu verringern. Die Gemeinden Wartau, Oberriet und Oberuzwil stellen in Aussicht, das ebenfalls zu

Eine Übersichtskarte des Bundesamts für Kommunikation zeigt die Standorte von 5G-Sendeanlagen:

Bakom.ch → Frequenzen und Antennen → Standorte von Sendeanlagen → Zur Übersichtskarte



5G-Antenne in Bern: Die meisten Kantone

ahlung eigenmächtig



lassen Betreiber frei gewähren

tun. Swisscom hat die Verfügungen der Stadt St. Gallen angefochten. Das kantonale Verwaltungsgericht wies die Beschwerde aber letzten Dezember ab. Es hielt fest: Die Gemeinden dürfen ein Baugesuch verlangen. Swisscom lobbyiert nun für Aufweichungen. Im Juni stattete die Geschäftsleitung der zuständigen Regierungsrätin Susanne Hartmann einen Besuch ab - vorerst ohne Ergebnis.

Salt, Sunrise und Swisscom halten ihr Vorgehen für zulässig

Die meisten Gemeinden schreckten davor zurück, die Antennenbetreiber zu einer Reduktion der Strahlung zu verpflichten. Im Kanton St. Gallen strahlen heute rund 50 Antennen stärker als früher. In den übrigen Kantonen sind es gut 1100. Eine Mehrheit der Kantone argumentiert, dass eine neue Bundesverordnung die Erhöhung der Strahlung als Bagatelle taxiere. Darum könne man keine schärferen Vorgaben machen.

Salt, Sunrise und Swisscom schreiben, man halte es bei allen bestehenden Antennen für zulässig, die maximale Sendeleistung zu erhöhen. Swisscom gibt an, Anpassungen im Kanton St. Gallen dem kantonalen Amt statt den zuständigen Gemeinden gemeldet zu haben. Mittlerweile informiere man die betroffenen Gemeinden direkt und habe die Sendeleistung der Antennen reduziert, wo dies verfügt worden sei. Die Firmen versichern: In den Gemeinden, die das verfügten, habe man die Sendeleistung wieder reduziert. Sunrise behält sich aber vor, sie wieder zu erhöhen. *Christian Gurtner*



Braucht es schärfere Bestimmungen zum Schutz vor Antennenstrahlung?

Schreiben Sie an:
redaktion@saldo.ch

**Nach-
gefasst**

Prostata-Operationen: Immer öfter Roboter im Einsatz

Bei Prostata-Entfernungen kommt häufig ein Da-Vinci-Operationsroboter zum Einsatz (*saldo 7/2022*). Neue Zahlen zeigen nun das Ausmass des Einsatzes. Gemäss Bundesamt für Statistik kamen im Jahr 2020 insgesamt 3280 Männer mit Prostatakrebs unters Messer. Nur bei jedem vierten Eingriff - in 847 Fällen - operierten Ärzte noch von Hand. Bei 2433 Prostata-Operationen nahmen sie die Unterstützung von Robotern in Anspruch. Insgesamt setzten Ärzte im gleichen Jahr bei 3253 Eingriffen Da-Vinci-Roboter ein. Im Jahr 2012 taten sie das erst in 1036 Fällen. Eine roboterunterstützte Operation kostet das Spital durchschnittlich 4000 bis 5500 Franken mehr als eine Operation von Hand - und bringt Patienten keine medizinischen Vorteile (*saldo 14/2019*). *eb*

Whatsapp: EU fordert mehr Transparenz bei Datennutzung

Der Kurznachrichtenübermittler Whatsapp sammelt Daten über seine Kunden und verkauft diese an Werbefirmen. Whatsapp blendet auch unerwünschte Werbung ein. In einem *saldo*-Test schnitt Whatsapp deshalb punkto Datenschutz schlechter ab als Signal, Threema und Telegram (*saldo 11/2021*). Auch die Europäische Kommission kritisiert, dass Whatsapp seine Benutzer nur «unzureichend und verwirrend» darüber informiere, was mit ihren Daten passiert. Die EU fordert nun Nachbesserungen vom Whatsapp-Besitzer Meta. Der US-Konzern, zu dem auch Facebook gehört, müsse in künftigen Aktualisierungen seiner Nutzungsbedingungen «klar über sein Geschäftsmodell informieren» und offenlegen, ob er Einnahmen aus den Benutzerdaten erziele. Die bessere Aufklärung soll es Konsumenten ermöglichen, zu verstehen, was der Konzern mit ihren Daten anstellt, und zu entscheiden, ob sie Whatsapp weiterhin benutzen wollen. *eb*

KEYSTONE